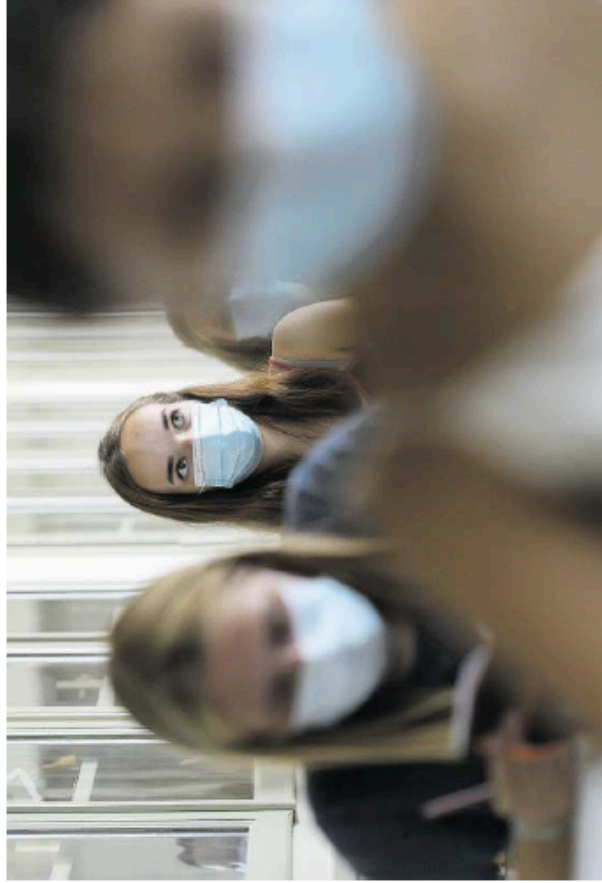


# Welche Corona-Massnahmen jetzt sinnvoll sind

Ökonomen erklären, bei welchen Schritten das Kosten-Nutzen-Verhältnis stimmt und was die Schweiz besser machen könnte



Bei Bedarf sollte die Maskenpflicht auf Geschäfte ausgeweitet werden, sagen die befragten Wissenschaftler.

RUTH FULTNER

Die ganze Bevölkerung unter Verchluss halten, um das Coronavirus einzudämmen – das ist, als ob man alle Eingänge eines Hauses verbarrikadiert, um Eindringlinge vorzubehalten; effektiv, aber teuer. Nun, da Schulen wieder öffnen, die Fallzahlen zugleich aber wieder steigen, stellt sich die Frage: Wie kann man das Virus im Zaum halten, ohne die Wirtschaft und das gewohnte Leben zu ersticken? Anders gesagt, welche Massnahmen haben das beste Kosten-Nutzen-Verhältnis? Eine Umfrage unter Ökonomen liefert mögliche Antworten.

Einigkeit herrscht beim Thema Mund-Nasen-Schutz: Nach dem anfänglichen Hin und Her der Experten gilt es mittlerweile als gesichert, dass Masken die Verbreitung der Coronaviren eindämmen. Masken sind zwar unkomfortabel, doch die Einbussen an Lebensqualität sind weit entfernt von den Kosten anderer Massnahmen. Die Befragten sind sich einig, dass die Maskenpflicht bei Bedarf auf Geschäfte ausgeweitet werden sollte. Diese Meinung vertritt auch die sonst tussert liberale Ökonomin Margit Osterloh, emeritierte Profes-

sorin an der Uni Zürich. Ihr Glaube an die Vernunft der Leute sei längst etwas ins Wanken geraten, fügt sie hinzu: «Kaum jemand hat in den öffentlichen Verkehrsmitteln Masken getragen, bis es zur Pflicht wurde. Gesetze bewirken manchmal mehr als der Versuch, mit guten Argumenten zu überzeugen.»

Auf den ersten Blick erscheint auch das Abstandhalten als günstige Massnahme. Doch wenn Restaurants und Veranstalter nur einen Bruchteil der möglichen Gäste in einen Raum lassen dürfen, führt dies zu einem Umsatzeinbruch. Reto Föllmi, Makroökonom an der Universität St. Gallen, wünscht sich deshalb mehr Flexibilität bei den Abstandsregeln. Wenn es die epidemiologische Situation zulasse, solle man den Mindestabstand von einmhalb auf einen Meter verringern, wie beispielsweise in Österreich.

## Höchste Zeit für Schulföffnung

Doch nicht überall ist Maskentragen und Abstandhalten gleich realistisch. Man denke zum Beispiel an Schulen. Trotzdem sind sich die Ökonomen einig, dass es höchste Zeit ist, sie wieder zu öffnen. Der virtuelle Unterricht zu Hause

zwar unter den gegebenen Vorsichtsmassnahmen vorstellbar, das Risiko sei aber hoch. Sollte es bei so einem Ansturm einen Ausbruch geben, könnten die Folgekosten, beispielsweise durch Quarantänen oder geschlossene Schulen, die Vorteile schnell übersteigen. Das Training wäre extrem aufwendig.

## «Haarsträubende» Datenarbeit

Im Moment müssen sich Experten wie Laien auf ihren Verstand und Hinweise in einzelnen Fallstudien verlassen, um das Risiko verschiedener Situationen einzuschätzen. Eine gute Übersicht über die Ansteckungsdaten fehlt dagegen. In der Publikation des Bundesamtes für Gesundheit (BAG) vom Anfang August fehlte bei 40% der Fälle dazu jede Angabe. Föllmi ist überzeugt, dass das BAG mit geschickteren Fragen mehr erfahren könnte: «Wenn man etwa wüsste, dass 30% der Erkrankten an einer Feier waren oder 10%, an einer Demo, wäre das schon hilfreich.» Er kritisiert auch die Darstellung, die Fälle in der Familie (27%), also Sekundärinfektionen, nicht von Infektionsherden zu trennen. Die Datenarbeit sei «haarsträubend».

Auch Jean-Pierre Danthine von der EPFL, Lausanne, findet die Studie «nicht überzeugend», in Gatt funktionieren das Tracing besser. Dort führen die Behörden rund 40% der Fälle auf das Nachleben zurück, das BAG nur rund 5%. Sicher ist: Wüsste man mehr über die Ansteckungsketten, könnte man gezielter Massnahmen ergreifen und infizierte effizienter isolieren.

Ein weiteres günstiges Hilfsmittel ist laut den Ökonomen die Corona-App, besonders, wenn bei steigenden Fallzahlen das Contact-Tracing schwierig wird. Im Moment ist sie bei rund 1.2 Mio. Schweizern auf dem Handy installiert. In den letzten Tagen wurden immer um die 15 Codes eingegeben; das entspricht etwa jeder zehnten Neuansteckung. Für eine gute Wirkung der App müsste mehr als die Hälfte der Bevölkerung mitmachen; so könnte mit geringeren Kosten die Gefahr einer zweiten Welle verringert werden.

Wenn die Leute die App nicht nutzen, unehrlich sind und falsche Angaben machen, nutzt auch das beste Tracing nichts. Doch auch wenn manch einer sich um seine Daten sorgt: Weit wichtiger dürfte sein Bestreben sein, eine Quarantäne möglichst zu umgehen. Vierzehn Tage Isolation sind schlimm. Wenn man dazu noch sein Einkommen verliert oder eine Prüfung verpasst, zu der man erst Monate später wieder antreten kann, sinkt der Anreiz, verantwortungsvoll zu

Hause zu bleiben. Danthine sagt: «In diesen Fällen müssen wir den Menschen entgegenkommen. Wir müssen sicherstellen, dass alle das Spiel mitspielen.»

Insgesamt finden alle Befragten den Schweizer Weg recht passabel. Doch während Bütler sagt, man hätte teilweise früher einschreiten können, hält Osterloh die verordneten Schliessungen nach wie vor für fragwürdig. Danthine und Föllmi sehen es eher wie Bütler.

Osterloh kritisiert, in der Pandemie hätten Ämter und Medien übertriebene Angst geschürt, indem sie die Infek-



Margit Osterloh  
Universität Zürich  
Reto Föllmi  
Universität St. Gallen, ETH Lausanne

tionszahlen nicht eingeordnet hätten. Sie sagt: «Nicht nur das Coronavirus tötet, sondern auch die Armut. Die Lebenserwartung von deutschen Männern, die zur oberen sozialen Schicht gehören, ist um zehn Jahre höher als jene der unteren sozialen Schicht.» Erste Untersuchungen versuchen schon zu beziffern, wie viele Lebensjahre die Bekämpfung der Corona-Krise kosten wird, wenn die Armut dadurch steigt.

Bütler kritisiert solche Gegenüberstellungen: «Neuere Forschungsergebnisse zeigen, dass die Eindämmung des Virus mittelfristig auch der Erholung der Wirtschaft dient, da Firmen wieder mehr investieren und Menschen mehr konsumieren.» Dass auch in Schweden das Bruttoninlandsprodukt eingebrochen sei, weil weniger konsumiert und exportiert worden sei, zeige, dass eine Pandemie auch ohne staatliche Eingriffe die Wirtschaft bremsen.

Jetzt wäre es wichtig, schnell wieder aus der Kurzarbeit herauszukommen, darin sind sich die Ökonomen einig. Dass der Bundesrat nun entscheiden hat, die Unterstützung weiterhin mit weniger Auflagen zu vergeben, sehen Föllmi und Osterloh kritisch. Sie warnen davor, Branchen zu unterstützen, die sich eigentlich auf eine neue Normalität einstellen müssten. Beispiele sind die Organisatoren von Marathon oder Anbieter von Geschäftsreisen. Danthine hingegen meint, keine Firma sollte «nur aufgrund von Covid-19» pleitegehen. Er befürwortet beispielsweise im Kultursektor eine längere Unterstützung.